



Allein erziehend, aber nicht allein gelassen?

Anforderungen an eine moderne Politik
für Ein-Eltern-Familien

Konferenz am 10. Februar 2010

Nina Bessing

Alleinerziehende – Eine wichtige Ziel- gruppe für moderne Familienpolitik

Wir wandeln uns. Allein lebend ohne Kinder oder in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft, zu mehreren Generationen in einem Haus oder alleinerziehend – seit einigen Jahrzehnten entfaltet sich in Deutschland wie in anderen Ländern eine bis dahin nie vorstellbare Vielfalt an Lebens- und Familienformen. Partnerschaften beruhen heute mehr denn je auf Freiwilligkeit und Liebe und enden häufiger als früher, wenn diese Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Rund 1,6 Millionen Alleinerziehende leben zurzeit in Deutschland – Tendenz seit Jahren steigend. Mehr als 90 Prozent davon sind Frauen.

Die gesellschaftlichen Institutionen wie z. B. das Rechtssystem, das Sozialsystem und die Wirtschaft sind aber in ihren Grundfesten immer noch ausgerichtet auf zwei ehemals ineinandergreifende Lebenskonzepte: die Vater-Mutter-Kind-Familie und eine Ehe, in der der Mann Hauptverdiener ist und die Frau für Familie und Haushalt



Manuela Schwesig

zuständig. Beide Institutionen galten jahrhundertlang in Deutschland als die Keimzelle einer funktionierenden Gesellschaft und werden daher vom deutschen Staat bis heute besonders geschützt und gefördert. Angesichts der wachsenden Zahl von Alleinerziehenden und anderen Lebensformen ist eine vielstimmige Diskussion in der Gesellschaft darüber entstanden, ob dieses System noch zeitgemäß und ökonomisch sinnvoll ist.

Alleinerziehende verdienen unsere Aufmerksamkeit, denn sie erbringen jeden Tag Höchstleistungen und meistern die Anforderungen des Alltags mit Kindern unter erschwerten Bedingungen. Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich daher als Ziel gesetzt, mit einer Reihe von Veranstaltungen und Expertisen der Frage nachzugehen, was Staat, Wirtschaft und Gesellschaft tun können, damit wir zu einer besseren Passung zwischen unseren Institutionen und der Lebensrealität von Alleinerziehende gelangen. Im Rahmen der Auftaktkonferenz wurden die Anforderungen an eine moderne Politik für Ein-Eltern- und andere Familien diskutiert und die wichtigsten Handlungsfelder sondiert.

Impulsreferat: Starke Teams unterstützen – Politik für Ein-Eltern-Familien

Als Auftakt gab Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, einen Überblick über ihre familienpolitischen Ziele und betonte die wichtige Rolle, die Alleinerziehende hier spielen.

„Deutschland ist, was seine Politik für Alleinerziehende angeht, ein Entwicklungsland.“

„Alleinerziehende Frauen sind eine von der Politik vergessene Gruppe“, so lautete das Fazit des jüngsten „UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder“. Dabei wächst die Gruppe der Alleinerziehenden in Deutschland stetig. Inzwischen ist jede fünfte Familie eine „Ein-Eltern-Familie“, in Ostdeutschland jede vierte und in Berlin sogar jede dritte. Alleinerziehende haben in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ein erhöhtes Armutsrisiko, 41 Prozent von ihnen beziehen Leistungen nach dem SGB II. Ihre Einkommenssituation hat sich in den letzten zwanzig Jahren in Deutschland kontinuierlich verschlechtert.

„Bislang wurden Alleinerziehende vor allem als Problemgruppe wahrgenommen. Das muss sich ändern, denn Alleinerziehende sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft.“

Es ist heute leichter, ein Kind alleine groß zu ziehen, als noch vor 50 Jahren. Die Gesellschaft ist toleranter geworden. Doch im Alltag werden Ein-Eltern-Familien noch viel zu häufig stigmatisiert und allein gelassen. Das Bild der jungen Mutter mit vielen Kindern im Hartz IV-Bezug beherrscht das Bild in den Medien, doch Ein-Eltern-Familien sind keine homogene Gruppe. Es gibt daher auch nicht die eine richtige Lösung, es geht um den richtigen „Mix“.



Die meisten Alleinerziehenden wollen Erwerbstätigkeit mit Familienverantwortung verbinden und tun dies auch. Alleinerziehende gehören zu den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Doch gerade sie zahlen in Deutschland – auch verglichen mit anderen Ländern – verhältnismäßig hohe Steuern und Abgaben.

„Wir brauchen ein neues Verständnis von Familie: Familienpolitik muss dort stattfinden, wo Menschen füreinander partnerschaftlich Verantwortung übernehmen.“

Konservative Familienpolitik setzt die Vater-Mutter-Kind-Familie als Norm und befördert diese Familienform auch in rechtlichen Regelungen und staatlicher Unterstützung. Für diesen Ansatz ist Deutschland mittlerweile weltweit ein Musterbeispiel. Eine moderne Familienpolitik sollte aber, so erläuterte Manuela Schwesig, nicht eine bestimmte Lebensform bevorzugen, sondern überall dort unterstützen und fördern, wo Menschen füreinander partnerschaftlich Verantwortung übernehmen, ob das alleinerziehende Mütter, pflegende Familienangehörige oder Regenbogenfamilien sind. Ihr Credo: Wir brauchen ein neues Verständnis von „Familie“.

„Kinderbetreuung ist das A und O“

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist nach Überzeugung der Ministerin sowohl ein Gebot der Gerechtigkeit (gleicher Zugang für alle Kinder zu Sport, Kultur und Bildung) als auch die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Alleinerziehende unabhängig von staatlichen Transfers leben können. In ihrer Rede rief Manuela Schwesig darum dazu auf, trotz Finanzkrise der Kommunen für einen Ausbau der öffentlichen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur zu kämpfen. Sie forderte eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung in allen Bundesländern und mehr Angebote für Menschen, die im Schichtbetrieb oder am Abend arbeiten. In diesem Zusammenhang bezeichnete sie es als rückständig, dass es in manchen Bundesländern noch Gesetze gibt, die vorschreiben, dass eine Kita um 18 Uhr zu schließen hat.

„Eigenständig das Leben gestalten zu können, bedeutet eine Arbeit zu haben, von der man leben kann.“

Insbesondere für Alleinerziehende, die trotz Berufstätigkeit nicht genug zum Leben verdienen, forderte Manuela Schwesig die Einführung gesetzlicher Regelungen, die flächendeckend den Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen. Auch die Erhöhung des Kinderzuschlages sei für diese Zielgruppe unerlässlich, um die demotivierende Hartz IV-Falle zu verhindern.

„Alleinerziehende dürfen von Arbeitgebern nicht immer sofort als Risikogruppe gesehen werden.“

Manuela Schwesig berichtete von eigenen positiven Erfahrungen mit der Einstellung Alleinerziehender und forderte die Unternehmen auf, nicht immer mehr Flexibilität von ihren Arbeitnehmer/innen zu verlangen, sondern selber mehr Flexibilität zu zeigen und sich von der Idee zu verabschieden, Angestellte würden mehr leisten, wenn sie rund um die Uhr im Unternehmen anwesend sind.

„Wir brauchen Netzwerke vor Ort, die Alleinerziehende unterstützen“

Manuela Schwesig forderte stärkere lokale Netzwerke für Alleinerziehende: Durch ein koordiniertes System von Vorsorge, Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe könnten in der Zusammenarbeit von Landes- und Kommunalebene hilfreiche Angebote für Alleinerziehende und ihre Kinder geschaffen werden. Dazu gehören auch im Rahmen der Arbeitsmarktreform Hilfen aus einer Hand, die die individuelle Belastungssituation von Alleinerziehenden besser berücksichtigen und ein Netzwerk aus Jugendhilfe, Arbeitsmarktvermittlung und Gesundheitswesen. Diese Netzwerke brauchen sichere finanzielle Strukturen.



Impulsreferat: Alleinerziehend – nicht ohne!

Im zweiten Impulsreferat sprach Edith Schwab, Bundesvorsitzende des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV), über die Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Familienpolitik.

„Es gibt viele erfolgreiche und glückliche Alleinerziehende und Alleinerzogene!“

Auch Edith Schwab betonte in ihrer Rede, dass Schluss sein muss mit der Stigmatisierung und Problematisierung von Alleinerziehenden. Bei Ein-Eltern-Familien handele es sich um einen Teil der gesellschaftlichen Realität und um die am stärksten wachsende Familienform. Doch meistens stünden nicht die im Licht der Aufmerksamkeit, die dieses Lebensmodell glücklich, erfolgreich und freiwillig umsetzen. Vielmehr würden diejenigen medienwirksam hervorgehoben, die es nicht schaffen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten.

„Weg mit dem Klischee, Alleinerziehende würden nicht arbeiten wollen!“

Auch bei der Frage der Leistungsfähigkeit würden immer noch althergebrachte Klischees an Stelle moderner Rollenbilder die Diskussion bestimmen. Die Alleinerziehenden selbst sind hier schon weiter: Die Erwerbsneigung der alleinerziehenden Frauen ist höher als die der Mütter in Paarbeziehungen. In der medialen Diskussion wird auch häufig vergessen, so Edith Schwab, dass ein erheblicher Teil der 41% der Alleinerziehenden im SGB II-Bezug berufstätig ist, aber nicht genug für den Lebensunterhalt verdient. Sie gehören zu den „working poor“, ein Bereich, der in den letzten Jahren immer weiter gewachsen ist.

Besonders heikel sind aus der Perspektive des VAMV die Widersprüche, die sich aus dem neuen Unterhaltsrecht ergeben:

„Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung des neuen Unterhaltsrechts nicht daran gestört, dass weder der Arbeitsmarkt noch die Kinderbetreuung soweit entwickelt sind, dass Frauen Beruf und Familie als Alleinernährerinnen problemlos vereinbaren können.“

Mit einem großen Teil der staatlichen Transferleistungen wird durch Ehegattensplitting und Steuerfreibeträge die traditionelle Ehe gefördert. Im Falle einer Scheidung fallen diese Vergünstigungen weg und die Alleinerziehenden erhalten nur noch bedingt Unterhaltsansprüche für sich selbst. Sie sind durch die neuen gesetzlichen Regelungen verpflichtet, so viel wie möglich und so schnell wie möglich erwerbstätig zu sein. Doch die Gemeinschaft erwartet gleichzeitig weiterhin, dass ein Großteil der Erziehungs- und Sorgearbeit für Kinder unbezahlt von Hausfrauen geleistet wird. So verlässt sich der Staat seit Jahrzehnten darauf, dass das Mittagessen und die Nachmittags- und Hausarbeitenbetreuung von Müttern unbezahlt geleistet wird.

„Eine steuerfinanzierte Kindergrundsicherung ist die beste Lösung“

Der Verband allein erziehender Mütter und Väter fordert daher seit einigen Jahren, alle staatlichen Förderungen der Ehe oder der traditionellen Haupternährerfamilie abzuschaffen und das Geld in eine Eltern unabhängige Kindergrundsicherung von 500 – 520 Euro zu investieren: im Sinne der Chancengleichheit.



Edith Schwab



Peter Ruhenstroth-Bauer



Barbara König

3. Wirtschaft und Unternehmen einbeziehen

Um Alleinerziehenden mehr Teilhabe und einen leichteren Alltag zu ermöglichen, sind nicht nur Politik und Gesellschaft, sondern auch die Unternehmen und die Tarifpartner gefragt: Familienfreundliche Unternehmenskultur, diskriminierungsfreie Entlohnung und eine Bezahlung, die den Lebensunterhalt sichert, waren hier die zentralen Stichworte. Peter Ruhenstroth-Bauer, Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen, schilderte ein vorbildliches Beispiel aus der Berliner Praxis: ein Bündnis zwischen Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und dem DGB Berlin-Brandenburg.

Zentrale Handlungsfelder einer modernen Politik für Alleinerziehende (und andere Familienformen)

- Neues Leitbild der Familienpolitik: Familie ist überall dort, wo Menschen füreinander Verantwortung tragen
- Flexible und hochwertige Ganztagsbetreuung
- Politik muss Rahmen schaffen für Erwerbsarbeit, die den Lebensunterhalt sichert – auch unterhalb dem „Vollzeit“-Level
- Familienfreundlichere Arbeitswelt, neue Arbeitskultur
- Steuerfinanzierte „Kindergrundsicherung“ prüfen
- Netzwerke vor Ort zur Beratung und Förderung von Paaren, Familien, Kindern und alleinerziehenden Eltern
- Effektiverer Durchsetzung und Verlängerung der Unterhaltspflichten
- Förderung aktiver Vaterschaft und einer partnerschaftlichen Teilung von Familien- und Sorgearbeit
- Ein Steuer- und Transfersystem, das der Vielfalt der modernen Familienwelt gerecht wird

4. Väter nicht ausgrenzen, sondern einbeziehen

90 % der Alleinerziehenden sind Frauen, aber wo sind die Väter? Diese Frage durchzog die Konferenz wie ein roter Faden. Warum ist es in der Realität oftmals nicht möglich, dass sich trotz Trennung Vater und Mutter gemeinsam um die Versorgung der Kinder kümmern? Warum zahlen viele Väter nach einigen Jahren keinen Unterhalt mehr für ihre Kinder? Diesen Fragen gilt es, näher nachzugehen. Diskutiert wurde darüber, dass die Herausforderung oftmals schon da beginnt, wo Paare Eltern werden. Die Trennungsrate ist in den ersten vier Lebensjahren des Kindes am höchsten. Bereits hier könnte durch Beratungsangebote und eine bessere öffentliche Infrastruktur vermieden werden, dass Familien durch die Überforderungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung unwiederbringlich zerstört werden.

Wenn es doch zu einer Trennung kommt, ist die Frage, wie man dafür sorgen kann, dass Väter ihre Verantwortung weiter wahrnehmen (können). Hier forderte der „Väteraufbruch für Kinder“ ein Umdenken: weg von der Einstellung „Väter zahlen, Mütter betreuen“, hin zu modernen Rollenbildern, bei denen Väter und Mütter gemeinsam Verantwortung übernehmen. Es geht, so der Vertreter des „Väteraufbruchs“, nicht nur um Gleichstellung von Müttern, sondern auch um Gleichstellung von Vätern.

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Tel. 030 – 269 35 7312
www.fes.de/forumpug

Text: Nina Bessing, Bereichsleiterin Wirtschaft, EAF-Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin
Redaktion: Christina Schildmann, Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktionelle Betreuung: Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung
Gestaltung: Meintrup, Grafik Design
Fotonachweis: Titel: istockphoto.com, Sheryl Griffin; Innen: Ursula Kelm Berlin, Juli 2010

Dieses Projekt wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.